

Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Wahlkreis- und Regionalbüro

Wallstraße 2a
31582 Nienburg

05021 9229255

PRESSEMITTEILUNG 140905-1

Keul: „Städte und Gemeinden durch Freihandelsabkommen gefährdet – Gabriel muss einschreiten“

Anlässlich der am Mittwoch (ggf. vergangener Woche) im Auftrag von campact.de veröffentlichten Studie „TTIP vor Ort“ sieht sich die heimische Bundestagsabgeordnete Katja Keul (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) in ihrer Kritik an TTIP bestätigt. Die Studie im Auftrag von „campact“ zeige ernsthafte Gefahren für unsere Städte und Gemeinden durch die internationalen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) auf. Für zahlreiche Nienburger und Schaumburger Betriebe in kommunaler Trägerschaft sieht die Abgeordnete „erhebliche Gefahren“ aufziehen.

Für die gelernte Juristin stellen die in der Campact-Studie behandelten Investoren-Schiedsgerichtsverfahren einen verfassungswidrigen Bruch der Rechtsstaatlichkeit dar, der die kommunale Daseinsvorsorge in besonderer Weise treffe. Die Befolgung des jüngst von der rot-grünen Mehrheit im niedersächsischen Landtag verabschiedeten Tariftreue- und Vergabegesetzes sei ein Beispiel dafür, was Konzerne mittels ruinöser Entschädigungsklagen vor internationalen Sondergerichten aushebeln könnten. „Aufgrund einer mangelnden Verankerung von Sozialstandards, wie es in CETA bereits der Fall ist, werden gerade soziale Vergabekriterien angreifbar“ zitiert Keul die Campact-Studie.

Schon die schiere Höhe der Streitwerte und immens teure spezialisierte Anwaltskanzleien könnten dabei finanzschwache Kommunen an die Wand drücken. Beispielsweise Rekommunalisierungen könnten so unmöglich gemacht werden. In ihrem Wahlkreis Nienburg / Schaumburg sieht die Abgeordnete eine ganze Reihe von Betrieben in kommunaler Trägerschaft nach deren „Tätigkeitsfeldern sich privatwirtschaftliche Konzerne die Finger lecken“. So seien die großen Betriebe der Abfallwirtschaft, die AWS in Schaumburg und die BAWN in Nienburg, aber auch die Wasser- und Abwasserverbände langfristig gefährdet, wenn sich Konzerne den Zugang zu deren „Marktsegmenten“ herbeiklagen könnten, von denen sie bisher im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge bewusst und „in weiser Absicht“ ausgeschlossen seien, so Keul. Nach den bisher durchgesickerten Entwürfen einzelner Abschnitte des Freihandelsabkommens, wie sie die Tagesschau oder Zeit-online veröffentlicht hätten, sei zudem zu befürchten, dass mit relativ einfachen Mitteln wie der Gründung einer

Zweigniederlassung in einem US-Bundesstaat, der Zugang zur transatlantischen Schiedsgerichtbarkeit ermöglicht werde.

Keul wirft Schwarz-Rot vor, „weiter auf Intransparenz zu setzen“. Das bereits mit Kanada ausgehandelte Freihandelsabkommen CETA verstoße schon gegen den Koalitionsvertrag, der Einschränkungen der kommunalen Daseinsvorsorge ausschließe. „Union und SPD dürfen sich nicht länger hinter geheimen Verhandlungen verstecken“, so die Abgeordnete. „Sigmar Gabriel muss hier endlich konsequent nachverhandeln bevor CETA im Herbst in die Ratifizierungsphase geht“.

Investoren-Schiedsgerichtsverfahren dürften überhaupt nicht Gegenstand der Freihandelsabkommen sein. Eine „Schattenjustiz“ komme für sie und ihre Fraktion nicht in Frage, betont Keul.

Die Campact-Studie ist einzusehen unter:

http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf